

so weit ausstatten, dass der Magistrale keine Kosten entstehen. Ein Mandatsträger seitens der Industrie- und Handelskammern sei im Blick auf die Außenwirkung nur zu begrüßen und werde zu 100 % unterstützt.

Dabei sei wichtig, dass er von verschiedenen Regionen unterstützt werde und sich einbringe, weshalb man vorschlage, Herrn Dr. Kleine zum Stellvertreter zu wählen.

**Der Vorsitzende** bestätigt, dass er Herrn Dr. Kleine kennen gelernt habe und dieser - bedingt durch sein berufliches Leben - ein Vertreter der Wirtschaft sei, aber auch ein regionaler Vertreter, und diese Kombination in einer Person wäre ideal.

**Herr Kempff** hält es auch für notwendig, heute eine Entscheidung zu treffen. Die drei Gruppen der Akteure ausgewogen vertreten zu lassen, halte er auch für eine gute Sache. Er kenne die einzelnen Kollegen nicht, habe aber volles Vertrauen in die Arbeit seines Kollegen und unterstütze deshalb seinen Vorschlag.

Die Geschäftsstelle sollte seiner Ansicht nach in Karlsruhe bleiben, da eine hohe Kontinuität wichtig sei. Hinsichtlich der Finanzen könnte man ja einen Vorratsbeschluss fassen.

**Herr Sälzle** unterstützt gerne den Vorschlag der Industrie- und Handelskammern, wolle aber auch Bayern stärken. Er hielte es auch für möglich und hilfreich, drei Stellvertreter zu benennen.

**Der Vorsitzende** stellt nach zwei weiteren Wortbeiträgen fest, dass die Benennung von drei Stellvertretern durchaus machbar sei und anscheinend so auch gewünscht bzw. akzeptiert werde. - Er lasse über die drei Vorschläge Prof. Dr. Finkbeiner, Herr Dr. Kleine und Herr Bopp - abstimmen und stellt fest, dass sie zu gleichberechtigten Stellvertretern gewählt seien.

Zur Geschäftsstelle stelle er fest, dass sie in Karlsruhe verbleiben solle. Das gehe aber nicht ohne eine bessere Finanzausstattung. Die Beiträge der rd. 30 zahlenden Mitglieder lägen bei 1.000, 2.000, 4.000 und 6.000 Euro. Man habe derzeit einen Mehrbedarf, der über 30.000 Euro hinausgehe. deshalb schlage er vor, die Beiträge, die seit 2009 unverändert seien, ab 2013 um je 1.000 Euro zu erhöhen, so dass ein Mehrbetrag von 30.000 Euro entstünde. Den Rest werde man über neue Mitglieder auffangen.

**Oberbürgermeister Gönner** unterstützt diesen Vorschlag - vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Gremien. Es sei notwendig, eine stabile Geschäftsstelle zu haben. Auch die Öffentlichkeitsarbeit müsse verstärkt werden. Er schlage vor, dies haushaltsplanmäßig auszuweisen.

- Auf die Frage, ob eine solche Erhöhung die kleinsten Beitragszahler nicht zu sehr belastet, lasse **der Vorsitzende** feststellen, dass der Regionale Planungsverband München, der Regionalverband Südlicher Oberrhein und die Slowakische Handels- und Industriekammer jeweils 1.000 Euro bezahlten. Man werde versuchen, die neuen Beiträge umzusetzen, und wenn sich jemand dazu nicht in der Lage fühle, könne man auch nicht dazu zwingen. Er nehme dies als Zielformulierung mit und versuche, es in eine machbare Abstimmungsform zu bringen, ggf. durch einen Umlaufbeschluss.

Damit wäre er am Ende der heutigen Tagesordnung.